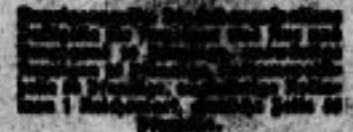


Auer Tageblatt

Belegungen nehmen die Postämter und für Kundliche die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluss Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge



Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 100. Auer Leipzig Nr. 1927

Nr. 26

Dienstag, den 1. Februar 1927

22. Jahrgang

Das neue Kabinett bestätigt.

Schwierigkeiten in letzter Stunde.

Die Ministerliste der neuen Regierungskoalition, die am Sonnabend früh veröffentlicht wurde, hat keine zwölf Stunden Gültigkeit gehabt, trotzdem sie auf Vereinbarungen zwischen den Koalitionsführern beruhte. Der deutschnationale Abgeordnete Graf Thüringen, der das Reichsjustizministerium erhalten sollte, ist aus der Liste gestrichen worden. Der Reichspräsident auf Vortrag des Reichkanzlers Dr. Marx hat diese Ernennung abgelehnt. An Stelle Graef soll Dr. Hergt das Justizministerium übernehmen mit dem Amte des Vizekanzlers. Für das Innenministerium ist an Stelle Dr. Hergts der deutschnationale Abgeordnete v. Vindeiner-Wildau vorgesehen. Die Ernennung des neuen Reichsministeriums in dieser veränderten Zusammensetzung die unter allen Umständen heute erfolgen sollte, steht noch auf den Widerpruch der deutschnationalen Führer, die sich außerstande erklären, ohne Zustimmung der Fraktion das Ergebnis der geheimen Bettelwahl umzusetzen.

Auch der Reichspräsident gegen Graef.

Berlin, 30. Jan. Wie mehrere Blätter mitteilen, hat auch Reichspräsident von Hindenburg gegen die Nominierung des deutschnationalen Abgeordneten Graef Bedenken geäußert, und zwar werden diese Bedenken in Zusammenhang gebracht mit der feinerzeitigen Weigerung Graefs, als Vizepräsident des Reichstages den damaligen Reichspräsidenten Ebert zu besuchen.

Berlin, 30. Jan. (Amtlich.) Der Herr Reichspräsident hat den bisherigen Reichkanzler Dr. Marx in seinem Amte als Reichkanzler bestätigt, auf dessen Vorschlag den Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann, den Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, den Reichswehrminister Dr. Gessler, sowie den Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius in ihren bisherigen Ämtern bestätigt und den bairischen Staatspräsidenten und Finanzminister Dr. h. c. Köhler zum Reichsfinanzminister, den Reichsminister a. D. Schiele, M. d. R., zum Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, den Verbandssekretär Dr. h. c. Koch, M. d. R., zum Reichsverkehrsminister und den Staatssekretär Dr. Schägl zum Reichspostminister ernannt. Mit der Wahrung der Geschäfte des Reichsministers für die besetzten Gebiete hat der Herr Reichspräsident den Reichkanzler Dr. Marx beauftragt.

Die Ernennung der Reichsminister der Justiz und des Innern hat der Herr Reichspräsident mit Rücksicht auf die noch nicht abgeschlossenen letzten Verhandlungen bis Montag ausgesetzt.

Berlin, 30. Jan. Der Reichspräsident hat den aus ihren Ämtern Scheidenden Reichsministern in anse gerichteten Schreiben seinen Dank und seine Anerkennung für die dem Vaterland geleisteten Dienste ausgesprochen.

Fraktionsstimmungen.

Wie berichtet wird, werden heute nur die Deutschnationalen eine Fraktionsstimmung abhalten. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei wird voraussichtlich erst am Donnerstag wieder zusammentreten. Die Absicht der Volkspartei, mit einer Kundgebung an die Öffentlichkeit zu treten, ist verschoben worden, da man einen vollständigen Abschluß der Regierungsbildung abwarten wolle. In der Kundgebung soll auch der Brief des Reichspräsidenten an Dr. Schölg veröffentlicht werden.

Frankreich gegen das Berliner Reichskabinett.

Paris, 30. Jan. Auch die heutige Morgenpresse beschäftigt sich mit der Bildung des neuen Kabinetts in Deutschland. Sie verhält sich fast einmütig ablehnend. Einige Blätter deuten die Tatsache, daß in der letzten Minute eine Umbesetzung einiger Ministerposten vorgenommen wurde, als ein Anzeichen dafür, daß sich eine gewisse Erkenntnis bereits geltend mache, und sprechen schon von einer Opposition des linksstehenden Flügels des Zentrums.

Kommunistische Kundgebung gegen die neue Regierung.

Berlin, 30. Jan. Die Kommunisten veranstalteten heute mittig im Lustgarten eine Kundgebung, an der sich nach polizeilicher Schätzung 6 bis 8000 Personen beteiligten. Nachdem die von etwa 20 Sammelpunkten Großberlins heranmarschierenden Mäße, in denen Transparente und Schilder mit Aufschriften mit-

geführt wurden, Auffstellung genommen hatten, hielten etwa zehn Redner kurze Ansprachen, in denen sie sich gegen die neue Regierung wandten, deren Zustandekommen vor allem der Sozialdemokratie zum Vorwurf gemacht wurde. Die Redner wiesen auch darauf hin, daß die heutige Demonstration nur die Vorbereitung für kommende Kämpfe sei. Die Kundgebung selbst verlief ohne Zwischenfälle, dagegen kam es während des Marsches an zwei verschiedenen Stellen zu kleineren Zusammenstößen, so im Nordwesten zwischen Angehörigen des Reichsadlers und Roten Frontkämpfern, wobei drei Reichsadlerleute und ein Kommunist festgenommen wurden; im Norden mußte ein Polizeibeamter sich gegen Tätlichkeiten mit dem Polizeiknäuel schützen, um eine Zwangsgestellung durchzuführen zu können.

Eine Chinarede Chamberlains.

London, 29. Jan. In einer Rede in Birmingham erklärte heute abend Staatssekretär des Aeußeren Chamberlain über die Lage in China u. a. folgendes:

Die Politik der Regierung ist unverändert geblieben. Alles Gerede über britischen Imperialismus ist Unsinn. Im Fernen Osten sind die Engländer jedenfalls eine Nation von Kränern und wünschen nichts, als ihre Läden offenzuhalten und in guten Beziehungen mit ihren Kunden zu leben. Wir sind uns nicht weniger als die patriotischsten Nationalisten hier darüber, daß die alten Verträge nicht mehr zeitgemäß sind und wir wünschen unsere Beziehungen zu China auf eine neue Grundlage zu stellen, die der gegenwärtigen Zeit entspricht. Wir hoffen, daß es möglich sein würde. Hierüber mit einem unter einer Zentralregierung geeinten China zu verhandeln. Eine solche Regierung gibt es gegenwärtig nicht, aber die Forderung nach Revision der Verträge ist so dringend geworden und ist im Grunde so vernünftig, daß wir suchen müssen, über diese Veränderungen mit den beiden miteinander streitenden Regierungen mitten im Wirmare des Siraertrages zu verhandeln. Die wichtigsten Dinge, die die Chinesen an dem alten Vertragssystem geändert zu sehen wünschen, sind: erstens die Extraterritorialität, auf Grund deren Ausländer nur von ihren eigenen Gerichtshöfen und nach ihren eigenen Gesetzen abgeurteilt werden können; zweitens die Tarifbestimmungen, auf Grund deren China keine Abgaben auf ausländische Güter erheben darf und drittens die nahezu unabhängige Stellung der Konzessionsgebiete. Wir sind bereit, in allen diesen Punkten Veränderungen vorzunehmen, denn das gegenwärtige System ist veraltet, dem gegenwärtigen Zustand nicht mehr entsprechend und bietet nicht länger Schutz für unsere Kaufleute. Vor zwei Tagen ist von unserm Vertreter den chinesischen Behörden sowohl im Norden wie im Süden, ein Vorschlag gestellt worden, in dem die britische Regierung sich bereit erklärt, die modernen chinesischen Gerichtshöfe (ohne Einschluß eines britischen Beamten) als kompetente Gerichtshöfe für Streitfälle anzuerkennen, die von britischen Klägern anhängig gemacht werden. Die britische Regierung erklärt sich auch bereit, in britischen Gerichtshöfen in China die bestehenden modernen chinesischen Zivil- und Handelsgesetze zur Anwendung zu bringen. Wir werden noch weitergehen, sobald die chinesischen Gesetzbücher und die chinesische Rechtspflege so weit sind. Was die chinesischen Steuern betrifft, so wollen wir zugestehen, daß britische Untertanen zur Bezahlung der regelmäßigen chinesischen Steuern herangezogen werden, wobei es aber keine unterschiedliche Behandlung britischer Staatsangehöriger oder Güter geben darf. Dies würde Steuern einschließen, die nach einem nationalen Tarif erhoben werden, sobald ein solches Gesetz verfaßt worden ist. Soweit unser Wille in Frage kommt, ist das letzte Hindernis gegen volle Tarifautonomie beseitigt. Was die Konzessionsgebiete betrifft, so sind wir bereit, örtliche Vereinbarungen auf Grundlage der besonderen Verhältnisse in jedem Hafen abzuschließen. Die Verwaltung würde entweder mit dem benachbarten Gebiete unter chinesischer Kontrolle verschmolzen werden, oder es würde irgendeine andere Methode zu suchen sein, um die Verwaltung den Chinesen zu übertragen, wobei der britischen Gemeinde eine Stimme in Gemeindeangelegenheiten gesichert werden müßte. Im Jahre 1925 habe ich erklärt, wir würden China auf baldem Wege entgegen-

Um Sonntag nachmittag kam es zwischen einer Abteilung des Roten Frontkämpferbundes und der Gruppe zu einem Zusammenstoß. Als ein harter Zug des Roten Frontkämpferbundes die Straßenreinigung der Kaiser-Wilhelm-Straße und Einfahrte passierte, und die Hälfte aus verkehrspolizeilichen Gründen angehalten werden mußte, wurden die Beamten von hinten angegriffen und mußten vom Seitengewehr Gebrauch machen. Eine Person wurde verletzt. Zwei Beamte wurden abgedrängt, einer von ihnen niedergeschlagen und ihm das Seitengewehr entwendet. Verstärkungen der Polizei trieben die Menge auseinander. Ein Polizeiwachmeister erlitt Verletzungen am Unterleib und Kopf und mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. Als die Polizei den Führer einer Abteilung festhalten wollte, versuchten Angehörige des Roten Frontkämpferbundes, die Feststellung zu verhindern. Die Beamten mußten von Polizeiknäppeln Gebrauch machen und nahmen den Führer der Abteilung und zwei andere Mitglieber fest.

gegenkommen. Sie werden sehen, daß wir in diesem Programm noch weitergehen wollen als bis zur Hälfte des Weges, aber ich bin sicher, daß es recht und vernünftig ist, dies zu tun.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen sagte Chamberlain, die britische Regierung sei auch bereit, in britischen Gerichtshöfen in China die bestehenden modernen chinesischen Zivil- und Handelsgesetzbücher zur Anwendung zu bringen. Großbritannien werde noch weiter gehen, sobald die chinesischen Gesetzbücher und die chinesische Rechtspflege dies gestatteten. Im gegenwärtigen Augenblick könne es keinen neuen Vertrag geben, denn ein solcher könne nur unterzeichnet und ratifiziert werden, wenn eine anerkannte Regierung vorhanden sei, wenn eine von allen Mächten anerkannte chinesische Regierung vorhanden sei. Infolge des Bürgerkrieges sei Großbritannien nicht in der Lage, irgendeine Regierung in China als die Regierung des ganzen Landes anzuerkennen. Er sagte hinzu: Wir können die Kantonregierung nicht als Regierung eines Teiles von China anerkennen, denn das würde bedeuten, daß wir die Teilung Chinas anerkennen, und jeder Chinese würde uns dies verüßeln. Wir können die Behauptung der Kantonregierung, sie sei die einzige Regierung Chinas, nicht als richtig anerkennen, da es den Tatsachen nicht entspricht. Kanton beherrscht kaum den dritten Teil Chinas sowohl nach der Bevölkerung als auch nach dem Gebiet. Ich begrüße aufs herzlichste den Wunsch des nationalistischen Ministers des Aeußeren nach Verhandlungen und erwidere ihn, damit Vertrags- und andere Fragen auf der Grundlage wirtschaftlicher Gleichheit und gegenseitiger Achtung vor der politischen und territorialen Souveränität der anderen Seite geregelt werden.

Chamberlain schloß mit der erneuten Versicherung, daß man Verständnis für die Wünsche des chinesischen Nationalismus und für den vernünftigen Grundsatz Chinas, „China für die Chinesen“ habe. Er drückte die Hoffnung aus, daß die Chinesen die britischen Verträge durch die zwischen Nationen üblichen Mittel der Verhandlungen und Vereinbarungen erörtern würden. Er hoffe ernstlich, daß kein neuer Zwischenfall vorkommen werde, der die Aussicht auf eine friedliche Regelung vereitelte.

Chamberlain sagte in seiner Rede noch: Der Kaiserliche Regierung hat beschlossen, zur Vorläufigen Truppen nach China zu schicken zum Schutze der britischen Gemeinde in Shanghai. Die Zusammenfassung der Streitkräfte ist eine Gewähr dafür, daß sie nur zu reinen Verteidigungszwecken bestimmt sind. Ich hoffe, daß sich keine Gelegenheit für ihre Verwendung bieten wird. Auf unserer Seite besteht keinerlei Absicht, Shanghai zu halten, wenn wir befriedigende Zusicherungen erhalten können, daß sich die Ereignisse von Hankau nicht in Shanghai wiederholen werden. Die militärischen Bewegungen, die in der letzten Woche in der Presse so lebhaft besprochen wurden, sind daher eine notwendige Vorsichtsmaßregel.

Lloyd George über die Chamberlain-Rede.

Birmingham, 29. Jan. Lloyd George führte in einer hier gehaltenen Rede aus: Wir können Chamberlain habe im großen ganzen Recht, die britische Politik gegenüber China gefolgt, und wir setzen als es ablegte, Gewalt zu gebrauchen, den